

Im Herbst 2007 konnte in Europa kaum jemand den Begriff „subprime“ buchstabieren. Schon gar nicht kam jemand auf die Idee, das Wort „Krise“ in eine Verbindung mit „Europa“ zu bringen. Als im Januar 2008 in Heft 1 von Lunapark21 *Lucas Zeise* schrieb: „Eine Rezession in den USA wird die Konjunktur in Westeuropa, besonders im exportabhängigen Deutschland, massiv unter Druck bringen ... Eine Weltrezession ist wahrscheinlich“, da las sich das wie linksradikale Panikmache.

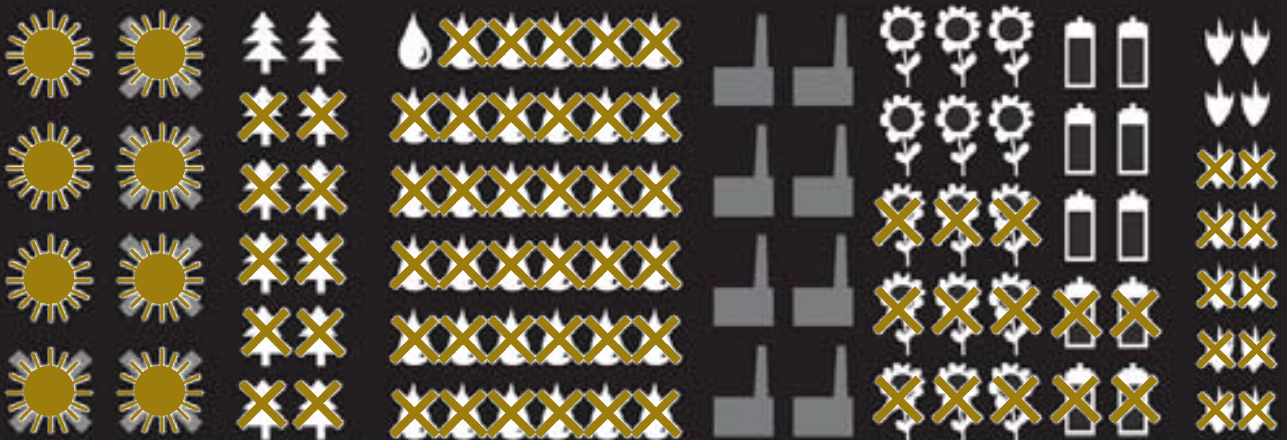
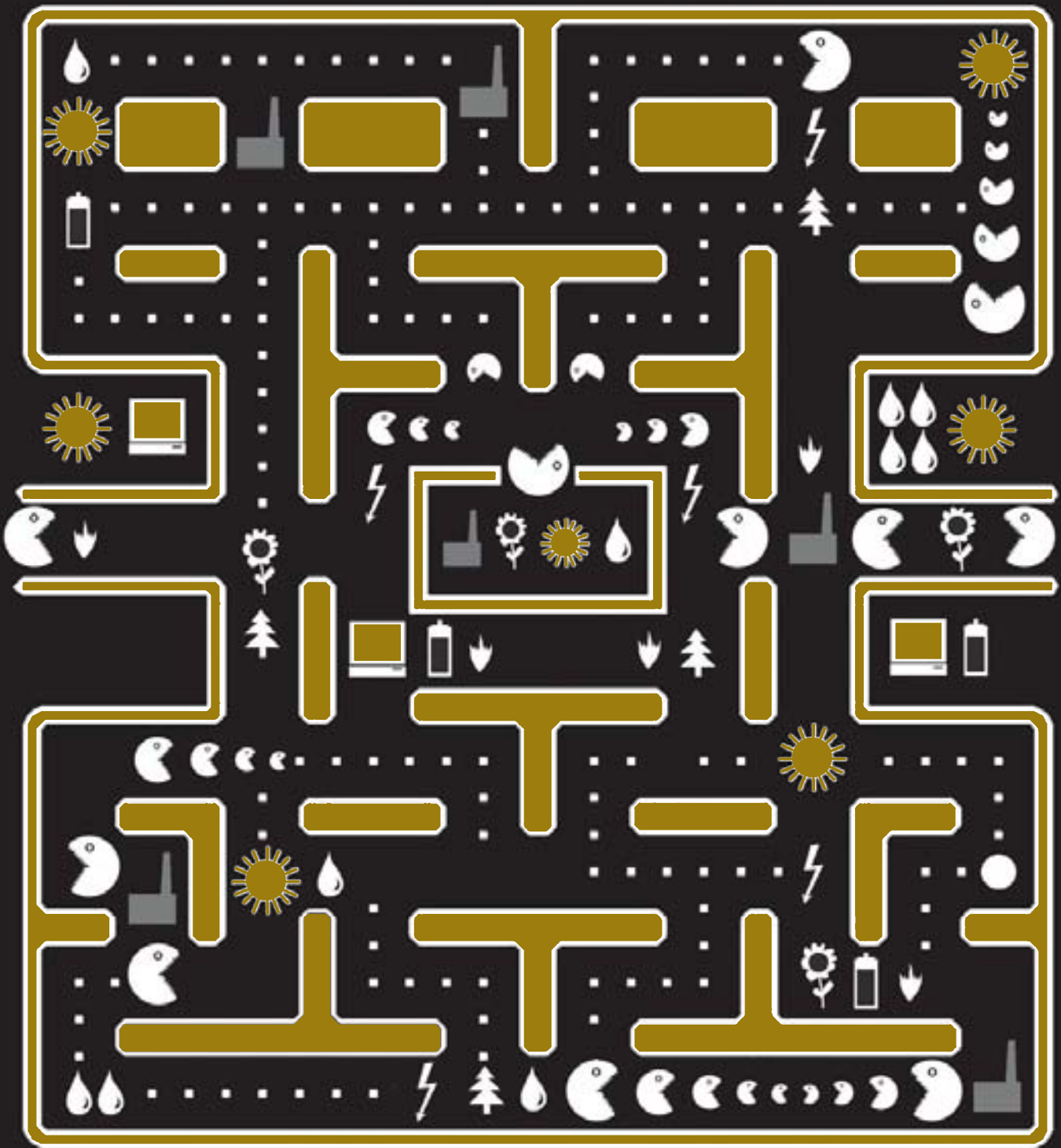
Mitte 2009 ist es soweit. Wir haben eine Weltwirtschaftskrise. Europa wird von ihr – zumindest im laufenden Jahr 2009 – stärker erfasst als Nordamerika. Das BRD-BIP wird 2009 mindestens doppelt so tief im Minus liegen wie das US-amerikanische. Die Subprime-Krise ist aus europäischer Sicht weit weg – weit näher ist die Krise im irischen, im britischen und im spanischen Immobiliensektor.

36

**Vorort-Besichtigung // Analysen // Dokumentation**

# Die Krise in Europa

Das LP21-Spezial bringt authentische Berichte zur Krise vor Ort aus Polen (von *Julian Bartosz*; S. 44), aus Ungarn (von *Stefan Ozsváth*, S. 46) und aus Irland (von *Pitt Wuhler*; S. 48ff). *Winfried Wolf* stellt die Krise in Europa in den Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise (S. 38ff); *Hannes Hofbauer* erinnert in seiner Analyse der Krise in Mittel- und Osteuropa daran, dass es in dieser Region seit Wendezeiten eine Dauerkrise gibt (S. 41ff). *Peter Fuchs* beschreibt die aggressive Strategie der EU zur Weltmarkteroberung (S. 52f.). *Winfried Wolf* sieht im (Todes-) Kampf von Opel ein typisches Beispiel für die EU-Strategie, nicht die sozialen Folgen der Krise zu bekämpfen, sondern sich auf die nächsten Tod bringenden Konkurrenz-Schlachten vorzubereiten (S. 56ff). *Georg Fülberth* beschreibt im „Lexikon“ die Blockkonkurrenz zwischen EU und USA als typisches Beispiel für den Zusammenhang zwischen Geographie und Akkumulation des Kapitals (S. 58f.). Das LP21-Spezial-Glossar dokumentiert die Geschichte der EWG/EU/EU (S. 54f.).





Winfried Wolf

## Keynes? – „Echt krass!“

### Europa im Kontext der weltweiten Krise

**17. APRIL 2008.** An diesem Tag stellten acht Konjunkturforschungsinstitute in Deutschland, Österreich und der Schweiz das „Frühjahrgutachten 2008“ vor.<sup>1</sup> In diesem konnte man lesen, es bestehe in den USA „kein Szenario einer ausgeprägten Rezession“. Die Teutonen-Ökonomie wurde als durch nichts zu erschütternder Kraftprotz dargestellt: „Die deutsche Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren robuster geworden, so dass die Gefahr einer Rezession geringer ist.“ Auf Seite 28 des Schriftstücks heißt es: „Im kommenden Jahr (also 2009; W.W.) dürfte sich die Konjunktur im Euroraum wieder beleben, weil die Belastungen durch die Finanzkrise abklingen.“

**17. MÄRZ 2009.** Der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman sprach in Brüssel auf Einladung der EU-Kommission über die „Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie“. Er kritisierte vehement die europäischen Regierungen, weil sie „die Tiefe der weltweiten Rezession nicht erkennen“ würden und weil die ergriffenen staatlichen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur „völlig unzureichend“ seien. Wenige Tage zuvor hatte er in seinem Blog den deutschen Finanzminister, der Forderungen nach verstärkten staatlichen Anti-Krisen-Maßnahmen auf EU-Ebene als „krassen Keynesianismus“ getadelt hatte, offen angegriffen. Unter der Überschrift „The Economic Consequences of Herr(n) Steinbrück“ schrieb Krugman: „Vergleichbares zur ahnungslosen Hetze des deutschen Finanzministers kriegt man in den USA nur von den Republikanern zu hören.“<sup>2</sup> Krugman sieht – wie Keynes vor neunzig Jahren – die Gefahr, dass Europa den ökonomischen, sozialen und politischen Gefahren der Weltwirtschaftskrise nicht vehement und geschlossen genug begegnet. Ausdrücklich warnt er vor „neuem Protektionismus“, vor „Währungschaos“ und vor einem „Wiedererstarken nationaler Egoismen.“

Nun haben sich die europäischen Regierungen, die EU-Institutionen und die Berliner Regierung von Woche zu Woche genötigt gesehen, ihre schön gefärbten Zahlen der wirtschaftlichen Realität anzupassen. Anfang Mai ging die EU-Kommission dann bereits von einem Einbruch des europäischen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 von 4 Prozent aus; die deutsche Regierung musste eingestehen, dass das BRD-BIP um bis zu 6 Prozent abstürzen könnte. Spätestens seit dem 18. Mai wird mit dem Vorliegen der offiziellen Daten für das erste Quartal 2009 dreierlei deutlich: Die weltweite Krise wird – erstens – in der Realwirtschaft zumindest im laufenden Jahr zu nochmals tieferen Einbrüchen führen als bisher angenommen. Zweitens ist die Krise in der europäischen Wirtschaft deutlich ausgeprägter als diejenige in Nordamerika. Drittens schließlich könnte die zweitgrößte Ökonomie der Welt, die japanische, zu einem für die gesamte Weltwirtschaft gefährlichen zentralen Krisenherd aufzurücken. Tabelle 1 liefert die Daten für diese Aussagen.

Die Zahlen verdeutlichen, dass auch in den offiziellen Prognosen (5. und 6. Spalte) die Krise in der EU im Vergleich zu Nordamerika deutlich tiefer ist und vor allem länger andauert: Das EU-27-BIP fällt sogar 2010 um 0,5 Prozent. Insgesamt soll der Rückgang 2009 und 2010 bei rund 5 Prozent liegen – in Nordamerika hingegen nur bei gut 3 Prozent. Offensichtlich gibt es allerdings einen herben Bruch zwischen der 4. und der 5. Spalte, zwischen der realen, bisher statistisch erfassten Entwicklung und der Prognose: Der Absturz aller in der Tabelle aufgeführten Volkswirtschaften war im letzten Quartal des Vorjahres und im ersten Quartal 2009 – hochgerechnet auf die Jahresrate – deutlich größer als die Prognosen für 2009. Letztere signalisieren die in der Regel nur halb so tiefen BIP-Abstürze wie solche aus der Entwicklung im Zeitraum Anfang Oktober 2008 bis Ende März 2009 zu erwarten wären. Natürlich kann es im Ver-

lauf des Jahres 2009 zur Abmilderung des Absturzes kommen. Dennoch waren die Rückgänge, die es im 1. Quartal 2009 gab, in dieser Höhe nicht erwartet worden. Sie sind damit in den Vorhersagen für 2009 nicht ausreichend berücksichtigt. Das Mindeste, was sich sagen lässt, lautet: Die Einbrüche in der realen Wirtschaft – insbesondere im industriellen Bereich – fallen im laufenden Jahr 2009 nochmals drastischer aus, als dies in den bereits vielfach nach unten korrigierten Prognosen für 2009 ausgedrückt wird.

**NIPPONS NEUE KRISE** Die Vorhersage für Japan mit einem Rückgang des BIP von fast 7 Prozent im laufenden Jahr ist bereits heftig. Der mehr als doppelt so tiefe Sturz im letzten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 (-15,2%) ist in der Wirtschaftsgeschichte einmalig. Der Einbruch sei „so stark wie noch nie seit Beginn der Statistik in Japan vor 50 Jahren“. (FTD vom 22.5.2008). Dabei muss berücksichtigt werden, dass Japan, die zweitgrößte nationale Ökonomie der Welt, im Zeitraum 1989 bis 2002 eine tiefe Krise mit Depression und Deflation durchlebte. Der japanische Staat türmte in diesem Zeitraum mittels einer keynesianischen Wirtschaftspolitik – Schaffung einer auf Krediten basierenden enormen staatlichen Nachfrage – eine sehr hohe staatliche Verschuldung auf; sie entspricht bald dem Doppelten des aktuellen Bruttoinlandsprodukts.<sup>4</sup> Damit sind die Spielräume für eine neue staatliche Nachfragestärkung – im Rahmen des bestehenden Systems – inzwischen einigermaßen beschränkt. Dennoch weitet Japan seit Sommer 2008 die staatliche Nachfrage aus, um den Absturz der Ökonomie zu dämpfen. Vor allem gibt es einen elementaren Unterschied: In der vorausgegangenen Depression in den 1990er Jahren konnte Japan durch steigende Exporte die Krise der Binnenkonjunktur dämpfen. In der neuen Weltwirtschaftskrise, in der *alle* relevanten Staaten tiefe Einbrüche im BIP erleben und in dem auch das Wachstum auf dem für Japan wichtigen chinesischen Markt halbiert wurde, ist eine solche Verlagerung der Krisentendenzen auf ausländische Märkte nicht mehr möglich.

**DIFFERENZIERUNG UND GEFAHREN INNERHALB DER EU** Untersucht man die Struktur innerhalb Europas, dann stößt man erneut auf den Bruch zwischen der realen, bisher statistisch einigermaßen sicher erfassten Entwicklung bis einschließlich des 1. Quartals 2009 und den Vorhersagen. Gleichzeitig gibt es zwischen den einzelnen Länder und Staaten- gruppen beträchtliche Unterschiede (Tabelle 2).

Die deutsche Ökonomie spielt auch in der erweiterten EU die führende Rolle. Das BRD-BIP entspricht knapp einem Fünftel (19,7%) des BIPs der gesamten EU-27. Eine umso größere Bedeutung kommt damit der Tatsache zu, dass Deutschland 2009 (sieht man mal von dem weniger großen Irland und dem kleinen Litauen ab) den stärksten BIP-Einbruch zu erwarten hat (-6,0%). In der zuletzt statistisch erfassten Entwicklung im Zeitraum 1.10.2008 bis zum 31.3.2009 ist die Tiefe des – hier hochgerechneten – BIP-Einbruchs (-11,5%) nochmals beeindruckender.

Am Beispiel der Beitrittsländer wird deutlich, dass die nüchternen Zahlen zur BIP-Entwicklung von der realen Krisenentwicklung an Dramatik übertroffen werden könnten. Nach den vorliegenden Daten und Prognosen spielen die Beitrittsländer (vorletzte Zeile) im Rahmen der gesamten EU-Entwicklung eher eine die Krise dämpfende Rolle. Das BIP in dieser vor allem von den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten geprägten Gruppe soll 2009 nur um 1,7 Prozent rückläufig sein und bereits 2010 wieder wachsen. In der Eurozone hingegen soll das BIP zwei Jahre lang absolut rückläufig und insgesamt um rund 5 Prozent schrumpfen. Die inneren Krisentendenzen in Mittel- und Osteuropa, einschließlich des drohenden Kollapses der Staatsfinanzen einiger dieser Staaten, könnten hier noch für Überraschungen sorgen (siehe u.a. den Beitrag von Hannes Hofbauer ab S. 41). Schließlich dokumentiert die Tabelle die soziale Dramatik der Krise. Im kommenden Jahr werden in Europa zweistellige Arbeitslosenquoten zur Regel. Für einzelne Länder wie Lettland, Irland und Spanien werden bereits in den offiziellen Prognosen dramatische Arbeitslosen-Rekorde vorhergesagt.

**URSACHEN FÜR DIE TIEFE DER KRISE** Drei Ursachen sind für die Tiefe der EU-Krise auszumachen: Da ist als *erstes* die *starke*

**Weltweites Bruttoinlandsprodukt 2008-2010 – Struktur der Weltwirtschaft und Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent<sup>3</sup>**

	Gewicht BIP in %	Reale Entwicklung in %		Prognose Frühjahrsgutachten April 2009	
		2008 gegenüber Vorjahr	4.Q.'08 + 1.Q.'09 hochgerechnet*	2009	2010
<b>Industrieländer</b>					
EU-27	34,5	0,9	- 6,0	- 4,3	- 0,5
BRD	(19,7**)	1,3	- 11,5	- 6,0	- 0,5
Frankreich	(15,4**)	0,8	- 5,3	- 3,5	- 0,3
USA/Kanada	31,1	1,0	- 6,0	- 3,2	0,0
Japan	9,0	- 0,7	- 15,2	- 6,7	0,2
Summe Industrieländer***	76,3	0,8	- 8,0	- 4,2	- 0,2
<b>Schwellenländer</b>					
China	7,1	8,7	4,0	5,0	6,5
Indien	2,3	7,4	- 0,9	4,5	6,0
Russland	2,6	5,6	- 17,0	- 3,5	- 0,5
Lateinamerika	6,5	4,4	- 6,0	- 3,5	1,0
Gesamt ****	100	2,1	- 7,0	- 3,3	0,6

<sup>3</sup>Veränderung des BIP im 4. Quartal 2008 und im 1. Quartal 2009 in %, hochgerechnet auf die Jahresrate. \*\*Gewicht der BRD und dasjenige Frankreichs innerhalb der EU-27. \*\*\*Eingeschlossen dabei die Schweiz und Norwegen mit zusammen 1,7 % Gewicht innerhalb des hier addiert aufgeführten BIP. \*\*\*\*Summe der hier aufgeführten Länder. Diese Gruppe konzentriert mehr als 90 Prozent des Welt-BIP auf sich.

und aggressive Exportorientierung der EU und hier insbesondere diejenige Deutschlands. Diese wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut, so dass die Exportquoten – der Anteil der Exporte am BIP – deutlich anstiegen. Die Einbrüche auf den ausländischen Märkten treffen stark Export orientierte Volkswirtschaften deutlich stärker als solche, bei denen der Binnenmarkt eine größere Rolle spielt. Als zweites – ergänzendes – Element ist die schwache Binnennachfrage zu nennen: Die neoliberale Politik zu Senkung der Lohnkosten, zur Verlängerung von Arbeitstag und Lebensarbeitszeit und zum Abbau der Sozialleistungen, die ja als „Standortvorteil“ galt und die Grundlage der Exportoffensive war, mündete in einer schwachen Binnennachfrage. Diese fehlt nun, um die Einbrüche im Export auszugleichen. Schlimmer noch: Die in den kommenden Monaten rasant ansteigende Arbeitslosigkeit (und Maßnahmen zur Reduktion staatlicher Ausgaben, wie sie in Osteuropa abverlangt werden) wird die Nachfrage zusätzlich stark einschränken und die Krise verschärfen. Drittens sind die viel zu zögerlichen Reaktionen der EU und der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten auf den Einbruch der Konjunktur zu nennen: Die Europäische Zentralbank hat den Zinssatz – im Gegensatz zur US-Notenbank Fed – lange hochgehalten, diesen am Beginn der Krise nochmals erhöht und ihn dann in Tippelschritten (wohl um das Gesicht zu wahren) auf aktuell 1 Prozent heruntergeschleust (USA: 0,25%). Das Volumen dutzender Konjunkturpakete, die in der kapitalistischen Welt bis Februar 2009 beschlossen wurden, entspricht rund 5 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. In China liegt dieser Anteil bei 14 Prozent, in Japan bei 10 und in den USA noch bei 7,1 Prozent. Die EU-Länder fallen dem gegenüber weit zurück: In Österreich sind es 2,9, in der BRD 2,6, in Frankreich und Großbritannien gar nur 1,5 und 1,3 Prozent und in Italien 0,5 Prozent.<sup>6</sup> Die Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur liegen in Europa durchweg auf einem Niveau, das bei weniger als der Hälfte des Weltniveaus liegt, das maximal einem Drittel des US-Niveaus

oder bei einem Sechstel des chinesischen Niveaus entspricht. John Maynard Keynes wurde offenkundig posthum Ehrenbürger in China, USA und Japan und in Europa ausgebürgert. Oder in den Worten des deutschen Finanzministers: „Welch krasser Keynesianismus!“

**ZURÜCK ZU DEN EINGANGSSZENEN** Im Frühjahrsgutachten 2008 wurde die Forderung nach einem Konjunkturprogramm als „Aktionismus“ abgetan. Es gebe „keinen Grund, die Konsolidierung (der Staatsfinanzen) als abgeschlossen anzusehen“. Auf gut deutsch: Es sollte weiter gespart und nicht die Konjunktur gestützt werden. Im aktuellen Frühjahrsgutachten vom April 2009 werden die bisherigen deutschen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur zwar zähneknirschend (und unter Verweis auf „steigende öffentliche Schulden“) zur Kenntnis genommen. Doch dann heißt es erneut: „Vor dem Hintergrund der absehbaren Zunahme des Budgetdefizits ist ein weiteres Konjunkturprogramm (...) abzulehnen.“ Man bleibt konsequent. Auch hinsichtlich der Ignoranz.

Paul Krugmans Kritik an der europäischen Politik wurde von Thomas Strobl in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit den Sätzen kommentiert: „Krugmans Polemik markiert ein Datum. Das Europa, das wir kennen, ist zerbrechlicher, als wir denken.“<sup>7</sup> Richtig ist, dass die Weltwirtschaftskrise die Europäische Union in ihren Grundfesten erschüttern könnte.

#### Anmerkungen

- (1) Es handelte sich um die Institute Ifo – Institut für Wirtschaftsforschung (München), Institut für Weltwirtschaft (Kiel), Institut für Wirtschaftsforschung – IWH (Halle), Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung RWI; mit den kooperierenden Instituten KOF – Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Hochschule Zürich, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Höhere Studien, Wien. Das 2008er Gutachten wurde in Heft 2 von LP21 vom Juni 2008 (S. 34f) kritisch analysiert  
(2) 1919 hatte John Maynard Keynes unter der Überschrift „The Economic Consequences of Peace“ vor den Gefahren einer großen europäischen Krise gewarnt

und zu einem einheitlichen Vorgehen der europäischen Staaten aufgefordert. Paul Krugman machte in seinem Blog und in verschiedenen Artikeln, u.a. in der „New York Times“, die im März und April 2009 erschienen, bewusst Anleihen bei Keynes und verglich die aktuelle Situation auch mit derjenigen nach dem Ersten Weltkrieg. Zusammengefasst in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.3.2009.

(3) Quellen: Eurostat; OECD; Financial Times Deutschland vom 18.5.2009

(4) 2008 lag der Anteil der öffentlichen Schulden Japans am BIP bei 172 %, 2009 sind es 186 % ; für 2010 wird ein Anteil von 197,3 % vorhergesagt. Zum Vergleich: Das sog. Maastricht-Kriterium erlaubt einen solchen Anteil von max. 60 %; in der BRD liegt er 2009 bei 69,6 % und in den USA bei 100 % (ebenfalls 2009). Angaben nach: Bloomberg, EU-Kommission; OECD.

(5) Quellen wie Anmerkung 3; zusätzlich: Frühjahrsgutachten der Institute, April 2009.

(6) Quelle: Deka-Bank; wiedergegeben in: Fi-

### Entwicklung des BIP und der Arbeitslosenquoten in Europa und in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten 2008–2010<sup>4</sup>

Tabelle 2

Länder bzw. Gruppen	Gewicht BIP in %*	Reale BIP-Entwicklung Wachstum in %			BIP-Prognosen Wachstum in %		Arbeitslosenquote real in %	Arbeitslosenquoten in % Prognosen	
		2008	4. Q. '08 + 1. Q. '09**	2009	2010	2008		2009	2010
BRD	19,7	1,3	- 11,5	- 6,0	- 0,5	7,3	8,4	9,6	
Frankreich	15,4	0,8	- 5,3	- 3,5	- 0,3	7,8	9,3	10,1	
Italien	12,5	- 1,0	-	- 5,0	- 0,8	7,0	8,9	10,3	
Spanien	8,5	1,2	- 5,5	- 4,1	- 0,9	11,3	17,3	20,8	
Irland	1,5	- 1,6	- 7,0	- 7,9	- 2,7	6,3	12,2	14,3	
Eurozone***	72,9	0,8	-	- 4,5	- 0,6	7,5	9,7	11,1	
Großbrit.	16,4	0,7	- 6,8	- 4,0	- 0,8	5,6	7,7	10,0	
Ungarn	0,8	0,5	- 7,4	- 4,0	- 2,5	7,9	9,7	11,0	
Lettland	0,2	- 4,6	- 27,2	- 11,0	- 2,2	7,3	16,7	18,0	
Beitrittsländer****	7,0	4,2	-	- 1,7	0,8	6,7	8,7	8,8	
EU-27	100	0,9	-	- 4,3	- 0,5	7,0	9,2	10,1	

\* Bezogen auf EU-27 = 100 % \*\* Veränderung des BIP im 4. Quartal 2008 und im 1. Quartal 2009 in %, hochgerechnet auf die Jahresrate \*\*\*Alle Länder mit der Einheitswährung Euro (insgesamt 16 Länder) \*\*\*\*Es handelt sich überwiegend um die mittel- und osteuropäischen Länder